

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Thomas Gehring

Abg. Günther Felbinger

Abg. Carolina Trautner

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Staatssekretär Georg Eisenreich

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 5 bis 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bestands- und Qualitätssicherung von kleinen Grundschulen im ländlichen Raum I

Modellversuche zulassen ([Drs. 17/3087](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bestands- und Qualitätssicherung von kleinen Grundschulen im ländlichen Raum II

Mehr Qualität für jahrgangskombinierte Klassen ([Drs. 17/3088](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bestands- und Qualitätssicherung von kleinen Grundschulen im ländlichen Raum III

Lehrerzuweisung optimieren ([Drs. 17/3089](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bestands- und Qualitätssicherung von kleinen Grundschulen im ländlichen Raum IV

Mobile Reserve aufstocken ([Drs. 17/3090](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bestands- und Qualitätssicherung von kleinen Grundschulen im ländlichen Raum V

Förderprogramm für Kinder- und Familienzentren ([Drs. 17/3091](#))

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Planungssicherheit für kleine Grundschulen - Doppelzählung von jahrgangskombinierten Klassen umsetzen! ([Drs. 17/3717](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Redezeit verteilt sich wie folgt: CSU 12 Minuten, SPD 9 Minuten, FREIE WÄHLER und GRÜNE jeweils 7,5 Minuten, Staatsregierung 12 Minuten. Erster Redner ist Herr Kollege Gehring, bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Bayern weniger Kinder, und wir werden in den nächsten Jahren noch weniger Kinder haben. Allein die Zahl der Grundschüler wird von 422.000 in diesem Schuljahr auf 408.000 im Jahr 2021 zurückgehen; also innerhalb von sechs Jahren. Dieser Schülerrückgang ist in Bayern höchst unterschiedlich verteilt. Wir haben Regionen, in denen wir in den nächsten Jahren einen Schülerrückgang von 30 % bis 40 % verzeichnen werden.

Wenn es aber immer weniger Kinder gibt, dann verschwindet die Schule aus dem Dorf. Wenn die Schule verschwindet, dann verschwindet auch das Leben aus dem Dorf, weil sich junge Familien nicht mehr ansiedeln, wenn es keine Schule vor Ort gibt. Man kann auch sagen: Wenn keine Schule mehr vor Ort ist, dann gibt es irgendwann

auch keinen Arzt mehr, weil sich keine Arztfamilie, keine Ärztin, kein Arzt, im ländlichen Raum ansiedeln wird, wenn es dort keine Schule mehr gibt.

Grundschulen im ländlichen Raum, auch kleine Grundschulen, haben deshalb eine sehr wichtige Funktion, zum einen als pädagogischer Ort für die Schülerinnen und Schüler, zum anderen als sozialer und kultureller Ort, aber auch als wichtiger Wirtschaftsfaktor für eine Kommune.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung eine Garantieerklärung für alle selbstständigen Grundschulen abgegeben. Man muss aber sagen: Diese Garantieerklärung hat keinen Wert. Sie ist nicht hinterlegt, sie ist nicht klar, und es gibt kein Konzept, wie diese Garantie tatsächlich erfüllt werden soll. Deswegen müssen wir uns dieser Herausforderung stellen.

Ich denke, es ist eine Herausforderung für alle. Wenn wir den Grundsatz "kurze Beine - kurze Wege" bildungspolitisch umsetzen wollen, dann brauchen wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um das tatsächlich zu erreichen und kleine Grundschulorte sowie deren Qualität zu erhalten und zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben etwa 379 Grundschulen, die nicht selbstständig sind; zum Teil sind das größere Schulen. Diese Schulen sind von dieser Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten schon gar nicht erfasst. Sie sind also bedroht und werden irgendwann geschlossen, wenn die Situation nicht besser wird. Wir haben 551 Grundschulen mit jahrgangskombinierten Klassen, die eine entsprechende Qualität brauchen. Wir haben 344 Grundschulen mit weniger als 80 Schülern. Das heißt, diese Schulen haben nicht mehr die Lehrerzuweisung, die sie bräuchten. Wir haben an 211 Grundschulen Klassen mit weniger als 13 Schülern, die nach der bisherigen Praxis des Kultusministeriums eigentlich geschlossen werden.

Wir schlagen hier also ein Bündel von Maßnahmen vor. Wir sagen, Grundschulen müssen besser ausgestattet werden. Das betrifft zum Beispiel die Kombiklassen, wenn also die Klassen eins, zwei oder drei, vier zusammengelegt werden. Die Eltern sind manchmal dagegen, weil sie das als Sparmaßnahme empfinden, was zum Teil auch so ist. Man kann aber mit diesen jahrgangskombinierten Klassen durchaus pädagogisch gut arbeiten, allerdings müssen sie entsprechend ausgestattet werden.

Diesbezüglich gibt es die Regelung, dass eine solche Kombiklasse zwei bis fünf Lehrerstunden zusätzlich erhält, um besser arbeiten und entsprechend differenzieren zu können. So steht es auf dem Papier. Faktisch kommen in der Regel zwei Stunden bei den jahrgangskombinierten Klassen an. Wenn man es mit den jahrgangskombinierten Klassen ernst meint und das pädagogisch sinnvoll machen möchte, dann brauchen wir als Regel fünf Lehrerstunden für diese Klassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Generell ist die Lehrerzuweisung das große Problem. Bei den Grundschulen werden die Lehrerstunden pro Kopf der Schüler zugewiesen. Wenn eine Schule klein ist, "erwirtschaftet" – in Anführungszeichen – sie nicht die Lehrerstunden, die sie benötigt. Das heißt, Lehrerstunden müssen von den größeren Standorten, von den größeren Schulen, auf die kleinen verlagert werden. Das ist natürlich eine ungute Situation, und der Mantel, unter den alle schlüpfen, wird ja nicht größer, sodass die Verteilungsprobleme immer größer werden.

Wir brauchen deshalb eine deutliche Aufstockung des sogenannten Demografiezuschlages. Wir brauchen deutlich mehr Mittel für die kleinen Schulen, um diese Schulen zu erhalten, und zwar nicht auf Kosten der größeren Grundschulen im Schulamtsbezirk.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kleine Grundschulen haben auch das Problem des Unterrichtsausfalls. Bei Krankheitsfällen gibt es nicht genügend Kollegen, die einspringen könnten. Wir brauchen deswegen eine bessere Ausstattung der mobilen Reserve und einen Zuschlag für diese kleinen Grundschulen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen ans Herz legen, auch in neuen Dimensionen zu denken. Wir müssen auch über neue Modelle nachdenken, wenn wir den ländlichen Raum und die Bildungsangebote im ländlichen Raum stärken wollen. Wir brauchen neue Modelle wie etwa das, Kindergarten und Grundschule zusammen zu betrachten, zum Beispiel als ein Haus des Lernens. Dazu gibt es bereits entsprechende Modelle in anderen Bundesländern. Wir brauchen Modelle, bei denen die Schule ein kulturelles und soziales Zentrum, ein Anlaufpunkt wird. Zum Beispiel könnte der Kinderarzt, der ja auch nicht mehr in der Region ist, einmal in der Woche dort eine Sprechstunde abhalten. Und es könnte dort Beratungsangebote geben, sodass diese Grundschule nicht nur eine Schule ist, sondern auch ein kulturelles und soziales Zentrum, das vieles anbietet, was heute im ländlichen Raum verloren geht.

Deswegen bitte ich Sie generell, sich dieser Herausforderung anzunehmen und mit uns zu gehen und diesen Anträgen mit uns zuzustimmen, damit wir tatsächlich lebenswerte Grundschulen im ländlichen Raum erhalten können. Eine gute Bildungspolitik für den ländlichen Raum, der Erhalt von Grundschulen im ländlichen Raum bringen mehr als vielleicht manches Landesentwicklungsprogramm oder mancher Zuschuss für den ländlichen Raum. Lasst uns also die Grundschulen im ländlichen Raum schützen, auch die kleinen Grundschulen; lasst uns neue Wege gehen! Dann können wir dieser Herausforderung, die vor uns allen steht, tatsächlich begegnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Gehring. - Jetzt Kollege Felbinger für die Fraktion der Freien Wähler. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst freue ich mich, dass wir heute im Plenum noch einmal ganz ausführlich über die bayerische Grundschule debattieren. Das ist wichtig und notwendig angesichts der vom Kollegen Thomas Gehring gerade schon vorgetragenen scheinheiligen Grundschulgarantie des Ministerpräsidenten, die nur die rechtlich selbstständigen Grundschulen einbezieht, aber die unselbstständigen oder die Außenstellen außen vor lässt. Das ist nicht mehr als ein Etikett, aber keine Garantie. Deswegen brauchen wir neue Denkweisen.

Es ist erläutert worden: Eine Grundschule vor Ort ist ein Standortfaktor und für kleine Kommunen in den ländlichen Räumen ganz wichtig. Wenn wir den ländlichen Raum stärken und für junge Familien attraktiv machen wollen, sie dafür sensibilisieren wollen, dort ihr Leben zu verbringen, dann müssen wir diese kleinen Grundschul-Standorte stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER – das sage ich ganz deutlich – sind für den Erhalt aller Grundschulen, nicht nur der rechtlich selbstständigen, sondern auch der Außenstellen, weil wir in ihnen einen wichtigen Standortfaktor, ein wichtiges Merkmal für die Infrastruktur sehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Seit Jahren beobachten wir in den ländlichen Räumen verstärkt die Bildung jahrgangskombinierter Klassen. Das ist eine Entwicklung, die aus pädagogischen Gründen durchaus Sinn macht, weil das Argument, dass jüngere Kinder von älteren Kindern lernen, durchaus zutreffend ist. Es ist auch sinnvoll, wenn man dadurch eine Grundschule vor Ort hält. Ungut ist aber, dass die Staatsregierung – das zeigen uns viele Petitionen in der vergangenen Legislaturperiode – dieses Instrument der Kombiklassen leider oft als Sparmodell verwendet. Es geht nämlich um die Zuweisung der sogenannten zwei bis fünf Lehrerwochenstunden. In den meisten Fällen sind das eben

keine fünf Stunden, sondern die Zahl liegt weit darunter, weswegen es natürlich nicht unbedingt dazu kommt, dass diese jahrgangskombinierten Klassen auch qualitativ voll unterrichtet werden können. Deswegen brauchen wir eine verbindliche Zuweisung zusätzlicher Lehrerstunden für jahrgangskombinierte Klassen. Dafür stehen wir FREIE WÄHLER, und dafür werden wir auch weiter kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die heimliche Streichung, das heimliche Sparen ist auch an anderer Stelle festzustellen, nämlich bei der Ausstattung der jahrgangskombinierten Klassen mit Schulsekretärinnen. Darauf geht auch unser Antrag auf Drucksache 17/3717 zurück. Es ist bekannt und, ich meine, Konsens, dass die jahrgangskombinierten Klassen an den Grundschulen jedes Jahr erneut ein erhöhtes Maß an organisatorischem Verwaltungsaufwand erfordern. Deswegen sind wir davon überzeugt, dass es an der Grundschule vor Ort auch eine kompetente Verwaltungskraft, eine Verwaltungsangestellte braucht, die diese Organisation leistet und damit auch die Schulleitung entlastet.

Nun kann die Situation eintreten, dass aufgrund der Bildung kombinierter Klassen eine Klasse weniger zustande kommt und gemäß der Regelung bei Schulen mit weniger als vier Klassen die Verwaltungsangestellte quasi entfällt. Das ist nicht im Sinne einer funktionierenden Schulverwaltung. Deswegen sagen wir: Wir müssen die jahrgangskombinierten Klassen doppelt zählen, sodass weiterhin ein Anspruch auf eine Verwaltungsangestellte besteht; denn keine Schulsekretärin an der Grundschule zu haben, ist für die Schule ein herber Verlust und für die Organisation der Schulleitung eine erhebliche Mehraufwendung. Deshalb ist es dringend geboten, dass die Staatsregierung einlenkt und darüber nachdenkt. So viele Fälle oder so viele Stunden, wie damit einhergehen, werden es nicht sein, als dass man unbedingt an der Regelung festhalten müsste. Derzeit gibt es eine Übergangsregelung von einem Jahr, aber damit ist das Problem nur um ein Jahr verschoben, dem Problem aber nicht grundsätzlich abgeholfen.

Ich möchte noch einen weiteren wichtigen Punkt im Zusammenhang mit der Grundschulproblematik ansprechen: Das ist die Lehrerzuweisung und die Ausstattung mit mobilen Reserven. Wir alle wissen aus vielen Anschreiben, aus vielen Petitionen, aus vielen Gesprächen mit Lehrkräften und mit Eltern, dass die mobile Reserve meist im September oder Oktober schon verplant ist und dass Schulausfall droht, wenn über den Winter Krankheitsfälle kommen. Wir brauchen eine bessere, eine sorgfältigere und eine frühzeitigere Planung, was die mobilen Reserven betrifft, und vor allen Dingen zusätzliche Stellen. An diesen Stellen geht eben kein Weg vorbei.

An den Grundschulen ist auch Tatsache, dass aufgrund der Flüchtlingsproblematik verstärkt zusätzliche Ressourcen für die Beschulung von Flüchtlingskindern benötigt werden. Wir warten hier, sehr geehrter Kollege Waschler – er ist gerade nicht da -, immer noch darauf, dass auf die von Ihnen verkündeten Versprechen Taten folgen und dass das Notprogramm umgesetzt wird und zusätzliche Mittel in die Beschulung der Flüchtlingskinder fließen.

Ich erinnere insgesamt an die Planstellen. Wir haben einen dringenden Mehrbedarf. Ich möchte auch daran erinnern, dass zum Beispiel im Regierungsbezirk Oberbayern aufgrund des komplizierten Nachrückersystems, wenn zu Schuljahresbeginn Personen die Stelle nicht annehmen, allein 159 Nachrückerverträge geschlossen wurden, die nicht als feste Stellen weiterverfolgt wurden, sondern auf Aushilfsbasis. Wir FREIE WÄHLER sind entschieden gegen die Ausbeutung von Junglehrern und fordern: endlich feste Stellen statt Aushilfsverträge;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

denn es ist skandalös, dass im Nachrückerverfahren feste Planstellen stets durch Zeitverträge ersetzt werden. Damit spart sich der Staat nämlich jedes Jahr enorme finanzielle Mittel – es geht um einen zweistelligen Millionenbetrag -, was anscheinend aber so gewollt ist.

Das System Grundschule braucht also dringend finanzielle Verstärkung. Wir brauchen mehr finanzielle Ressourcen und auch neue Denkmodelle, um die Grundschulen auf dem Land zu halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Felbinger. - Für die CSU-Fraktion: Kollegin Trautner. Bitte schön.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns in der heutigen Debatte wieder mit einem wichtigen Bildungsthema, nämlich mit dem Erhalt der kleinen Grundschulen im ländlichen Raum bei gleichzeitiger Qualitätssicherung.

Grundsätzlich möchte ich voranstellen, dass uns der Erhalt der kleinen Grundschulen selbstverständlich, ich glaube, fraktionsübergreifend, am Herzen liegt. Nicht ohne Grund hat Ministerpräsident Horst Seehofer bereits am 12. November 2013 in seiner Regierungserklärung dankenswerterweise die sogenannte Grundschulgarantie gegeben. Herr Kollege Felbinger, Sie sind gerne etwas wortgewaltig und sprechen dann von scheinheiliger Garantie.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Ja, natürlich!)

Ich weiß nicht: Resultiert dies aus dem Neid auf die gute Idee? Unser Ziel ist doch eigentlich überall das gleiche.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Entschuldigung, Frau Kollegin Trautner. Könnten Sie ein bisschen näher an das Mikrofon gehen?

Carolina Trautner (CSU): Selbstverständlich. – Diese Garantie gilt selbstverständlich weiterhin. Davon profitiert natürlich auch der ländliche Raum. Zahlreiche Maßnahmen wurden bereits ergriffen. Ich erinnere an dieser Stelle gerne daran, dass der mit dem

Schuljahr 2012/2013 eingeführte Demografiezuschlag auf aktuell 80 zusätzliche Stellen im Schuljahr 2014/2015 aufgestockt wurde. Des Weiteren haben wir eine regional-spezifische Zuweisung von insgesamt 73 zusätzlichen Stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

- Jetzt rede ich!

(Beifall bei der CSU)

Daneben haben wir zielgenaue, regierungsbezirksübergreifende Stellenbesetzungen. Seminare in demografisch benachteiligten Regionen werden bewusst erhalten. Wir bauen außerdem Kooperationsmodelle zwischen Grundschulen benachbarter Gemeinden aus. Ich denke, dass auf diesem Feld bereits eine ganze Menge geschieht. Das lassen wir uns von Ihnen nicht schlechtreden.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegenteil: Wir werden den Prozess zur Standortsicherung kleiner Grundschulen unbeirrt fortsetzen.

Jetzt gehe ich gern auf die einzelnen Forderungen in Ihren Anträgen ein. In ihrem ersten Antrag fordern die GRÜNEN, Modellversuche für den Erhalt von Außenstellen von Grundschulen und kleinen Grundschulen zuzulassen. Dabei sollen jahrgangsübergreifende Klassen von den Jahrgangsstufen 1 bis 4 zugelassen werden. Das halte ich nicht für zielführend. In einem jahrgangsübergreifenden Unterricht, der gleich vier Jahrgangsstufen umfasst, ist eine begabungsgerechte Einzelförderung nicht mehr gewährleistet. Die Entwicklungsunterschiede sind hier einfach viel zu groß.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Woher wissen Sie das?)

- Herr Kollege Gehring, ich werde das gleich begründen. Haben Sie ein bisschen Geduld. Ich bin mit dieser Meinung nicht allein. – Das Recht auf gleichwertige Bildung und Erziehung kann so nicht gewährleistet werden. Das ist lediglich in der Kombinati-

on von zwei Jahrgangsstufen möglich, also bei einer Kombination der Jahrgangsstufen 1 und 2 oder der Jahrgangsstufen 3 und 4. Das haben Sie auch angeführt.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Stockholm, Tirol, Vorarlberg, Frankreich!)

- Ich habe gerade gesagt, dass ich nicht allein dieser Meinung bin. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat die Gründung einer Privatschule abgelehnt, weil nicht hinreichend geklärt ist, ob die Mischung der Jahrgangsstufen 1 bis 4 dem Erfordernis der Gleichwertigkeit genügt. Auch ein Gericht ist also meiner Meinung.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das sind Pädagogen!)

Der Betrieb von Außenstellen ist eine Frage der Klassenbildung und der Verteilung. Er wird nach einheitlichen Richtlinien der Schulämter vorgenommen. Damit sind wir bei dem Problem, dass dies vorab geklärt werden muss. Die Schulaufwandsträger müssen anhand der Kosten entscheiden, ob sie die Außenstellen erhalten wollen oder nicht. Modellversuche zuzulassen, hat nur einen Sinn, wenn man auch gewillt ist, diese Modelle in Zukunft dauerhaft umzusetzen. Dies sind wir aus den genannten Gründen nicht.

Mit ihrem zweiten Antrag fordern die GRÜNEN zusätzliche Lehrerstunden für jahrgangskombinierte Unterrichtsmodelle sowie eine stärkere Berücksichtigung in der Lehramtsausbildung. Dazu möchte ich vorab sagen: Das ist kein Sparmodell!

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Selbstverständlich!)

- Sie haben selbst gesagt, dass dieses Modell pädagogisch sinnvoll ist. Sie haben das damit begründet, dass die Schülerinnen und Schüler voneinander lernten. Dieses Modell ist für den Erhalt der kleinen Grundschulen im ländlichen Raum gedacht, und dieses Programm ist pädagogisch sinnvoll. Wir haben einen Schulversuch zur Flexiblen Grundschule durchgeführt. Dabei hat sich gezeigt, dass die zusätzlich gewährten zwei bis fünf Differenzierungsstunden sachgerecht sind. Die Zuweisung erfolgt in Abhängigkeit von pädagogischen und organisatorischen Bedingungen. Dies hängt von der Klas-

sengröße ab oder davon, ob Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf in der Klasse sind.

Das zentrale Element in jahrgangskombinierten Klassen ist die Arbeit an gemeinsamen Themen, die unterschiedliche Niveaustufen haben. Dies erfordert natürlich eine didaktische Differenzierung. Unsere Lehrkräfte zeichnen sich jedoch durch die Arbeit in heterogenen Klassen aus. Das ist ihr Markengeschäft. Diese Fähigkeit möchte ich unseren hervorragend ausgebildeten Lehrkräften nicht absprechen. Wir haben bereits umfangreiche Fortbildungsangebote, die auf regionaler, lokaler und schulinterner Ebene gegeben sind.

Des Weiteren stehen in jedem Schulamtsbezirk Experten zur Verfügung. In jahrgangskombinierten Klassen gibt es die Möglichkeit, Hospitationen durchzuführen. Außerdem besteht die Möglichkeit, Handreichungen zum Schulversuch Flexible Grundschule zu benützen, die zahlreiche Praxisbeispiele enthalten.

Mit ihrem nächsten Antrag fordern die GRÜNEN eine verbesserte Lehrerzuweisung. Kleinere Grundschulen sollen so behandelt werden, als hätten sie eine Klassenstärke von mindestens 20 Schülern. Für die Versorgung unserer Grundschulen mit Lehrerstunden gelten bayernweit einheitliche Kriterien. Wir haben bereits besondere Maßnahmen ergriffen. So genügt an einer Grundschule die Einrichtung von insgesamt zwei jahrgangskombinierten Klassen. Die Grundschulgarantie besagt, dass für den Fall, dass die Gesamtschülerzahl von 26 geringfügig unterschritten wird, die rechtlich selbstständige Grundschule erhalten bleibt, wenn die Schulfamilie und der Schulaufwandsträger vor Ort dies möchten. Wir müssen aber auch sehen, dass Kleinstschulen ihre pädagogischen Grenzen haben. Deshalb müssen Entscheidungen im Einzelfall getroffen werden.

Die Lehrerstundenzuweisung erfolgt bezogen auf den Schulamtsbezirk, nicht bezogen auf die Einzelschule. In Landkreisen mit kleingliedriger Schulstruktur und mit einer geringen Durchschnittszahl von Zügen pro Jahrgangsstufe kann eine Unterstützung

durch ein Zusatzbudget erfolgen. Ich möchte nochmals auf den Demografiezuschlag von 80 Stellen und auf die regionalspezifische Zuweisung von 73 Stellen hinweisen. Wir haben also die Probleme erkannt und mit Steuerungsmaßnahmen richtig darauf reagiert.

Mit ihrem vierten Antrag fordern die GRÜNEN, die mobile Reserve um 10 % aufzustocken, um kleine Grundschulen zu stärken. Auch mit diesem Antrag wird verkannt, dass bereits eine Verbesserung eingetreten ist; denn trotz sinkender Schüler- und Klassenzahlen wurde der Umfang der mobilen Reserve von 1.900 Vollzeitplanstellen beibehalten. Erfahrungsgemäß sind aufgrund von Personalausfällen im November mobile Reserven in erhöhtem Umfang nötig. Daher erfolgt eine Aufstockung. Im November und Januar belief sich die Aufstockung auf 230 Vollzeitäquivalente. Für den Februar gibt es die Zusage, alle zum Halbjahr ausgeschiedenen Lehrkräfte zu ersetzen. Damit kann absolut bedarfsgerecht reagiert werden. Außerdem ergeben sich noch zusätzliche Kapazitäten durch Lehrkräfte, die während des Schuljahres aus der Elternzeit zurückkehren. Auch diese werden der mobilen Reserve zugeordnet.

Nachdem sich der Einsatzbereich nicht auf die Stammschulen beschränkt, sondern auf den Schulamtsbezirk bezogen ist, können die Lehrkräfte passgenau eingesetzt werden. Ich glaube, dass wir es den Staatlichen Schulämtern schon zutrauen müssen, dass sie dies richtig machen und auch die ländlichen Bereiche profitieren.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Die haben zu wenig Leute zur Verfügung! Das ist das Problem!)

Natürlich lässt sich nie ausschließen, dass es einmal zu einem unvorhergesehenen Engpass kommt. Momentan herrscht eine Grippewelle. Das sind Ereignisse, auf die wir nicht prophylaktisch im Vorfeld reagieren können.

Mit ihrem fünften Antrag fordern die GRÜNEN ein Förderprogramm für Kinder- und Familienzentren. Wir halten diesen Antrag für unnötig; denn so etwas gibt es bereits im Freistaat. Der Freistaat hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Wir haben die Land-

kindergartenförderung, die gezielt wohnortnahe Bildungs- und Erziehungsangebote im ländlichen Raum unterstützt. Wenn es nur ein einziges Angebot vor Ort gibt und die Mindestkinderzahl unterschritten wird, erhält dieses Angebot, sofern zehn Kinder vorhanden sind, die gleiche Mindestförderung wie ein Angebot, bei dem die Mindestgröße erreicht wird. Das ist eine tolle Zusage des Freistaates.

Des Weiteren ist der Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren unser Anliegen. Wir führen diesen Ausbau weiter fort. Im Rahmen der Kampagne "Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit Eltern in Kindertageseinrichtung und Schule" fließen die Bildungsleitlinien in die gemeinsame Fortbildung von Grundschullehrkräften und pädagogischem Fachpersonal ein. Wir haben außerdem ein staatliches Förderprogramm zur strukturellen Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung und zum Ausbau von Familienstützpunkten in Bayern. Damit werden die Landkreise und die kreisfreien Städte bei der Schaffung bedarfsgerechter und koordinierter Familienstrukturen auf der Grundlage einer Förderrichtlinie unterstützt.

Ich habe mir in Berlin eines der in Ihrem Antrag erwähnten "Early Excellence Center" angesehen. Im Mittelpunkt steht die Einzigartigkeit des Kindes. Jedes Kind ist exzellent; und die Eltern sind in den ersten Jahren die wichtigsten Erziehungsexperten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wissen wir schon seit Jahren. Das ist für uns nichts Neues.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich noch auf den Antrag der FREIEN WÄHLER eingehen, der eine generelle Doppelzählung jahrgangskombinierter Klassen fordert, um dem organisatorischen Mehraufwand gerecht zu werden. Dazu ist Folgendes zu sagen: Wir haben bereits Maßnahmen ergriffen, um die Schulleitungen zu entlasten.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

- Ich komme doch noch zu den Verwaltungskräften.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, Sie können mich doch hinterher kritisieren. Es gibt keine Fleißbildchen für besonders viele Zwischenrufe.

(Beifall bei der CSU)

Für den Fall eines demografisch bedingten Schülerrückgangs wurden Anrechnungstunden für die Leitungszeit auf Basis der Schülerzahl des Vorjahres zugewiesen. Dabei handelt es sich um die sogenannte Besitzstandswahrung. Daneben wird eine zusätzliche Stunde im Falle der Doppelführung zweier Grundschulen angerechnet. Auch bei den Verwaltungsangestellten ist eine Verbesserung eingetreten: Im Schuljahr 2013/2014 wurden 130 neue, zusätzliche Vollzeitkapazitäten geschaffen. Das bedeutete eine Verbesserung für mehrere Hundert Schulen.

Natürlich müssen wir die Sorgen ernst nehmen, dass an kleinen Grundschulen Stellen für Sekretärinnen wegfallen. Das haben auch wir im Blick, und wir nehmen uns der Sache an. Eine Doppelzählung ist hier allerdings kein schlüssiger Weg.

Schließlich hat die Überprüfung zum Schuljahr 2013/2014 ergeben, dass der Arbeitsmehraufwand, der im Zusammenhang mit jahrgangskombinierten Klassen entsteht, nicht an organisatorischen Aufgaben liegt, sondern vielmehr durch die Unterrichtsgestaltung bedingt ist. Daher haben wir, wie ich bereits ausgeführt habe, zusätzliche Differenzierungsstunden zugewiesen.

Abschließend fasse ich zusammen: Vonseiten des Freistaates werden gewaltige Anstrengungen unternommen, um die kleinen Grundschulen im ländlichen Raum zu halten. Dafür werden Haushaltsmittel in nicht unerheblicher Höhe ausgegeben werden. Wir werden bei unseren Bemühungen nicht nachlassen. Zugleich freue ich mich, dass wir von einer inzwischen eingetretenen Trendwende gehört haben – das widerspricht Ihren Aussagen, Herr Gehring. Es wird prognostiziert, dass es an Grundschulen wieder mehr Schüler geben wird. Allerdings werden die Zahlen regionalspezifisch sehr

unterschiedlich ausfallen. Wir können nur fordern, dass die anderen Regierungsbezirke dabei mit Mittelfranken und Oberbayern gleichziehen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Trautner, bitte bleiben Sie noch kurz da. – Zunächst einmal darf ich darauf hinweisen, dass die CSU-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 5 namentliche Abstimmung beantragt hat. Sie betrifft den Antrag auf Drucksache 17/3087. – Wir haben jetzt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Felbinger. Bitte sehr.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Trautner, Sie haben gesagt, dass mit dem Modell der Zusammenfassung der Jahrgänge 1 bis 4 in einer Klasse das Recht auf Erziehung und Bildung Ihrer Meinung nach nicht gewährleistet wäre. Können Sie mir dann erklären, warum gerade in Österreich, im Besonderen in Tirol und in der Steiermark, die der Bildungsausschuss kürzlich bei einer Delegationsreise besucht hat, dieses Modell erfolgreich ist und von den Eltern nachgefragt und als pädagogisch durchaus sinnvoll erachtet wird?

Sie haben gesagt, dass ich die jahrgangsgemischten Klassen für ein Sparmodell halte. So ist es in der Tat; denn 80 % der jahrgangsgemischten Klassen erhalten nicht die fünf Lehrerstunden, die hier immer wieder im Raum stehen, sondern durchschnittlich nur 2,5 Stunden. Das sage ich nur zu Ihrer Kenntnis.

Sie behaupten, für die Kommunen bedeute es eine erhebliche Mehrbelastung, die Grundschule vor Ort mit nur einer Klasse oder zwei Klassen zu erhalten. Auch hier muss ich Ihnen widersprechen. Die Bürgermeister oder die Stadt- und Gemeinderäte wären sehr wohl bereit, zusätzliche Schulstunden zu gewähren, um ihre Schule vor Ort zu halten. Oft würden sie dafür sogar Geld aus eigener Kasse verwenden.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön, Frau Trautner.

Carolina Trautner (CSU): Zum Ersten. Dass Eltern in Österreich mit etwas zufrieden sind, kann nicht der Maßstab für die Beschulung bei uns in Bayern sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben hier einfach strengere Ansichten, und wir wollen eine begabungsgerechte Förderung. Diese ist unserer Ansicht nach bei einer Zusammenfassung der Jahrgangsstufen 1 bis 4 in einer Klasse nicht möglich. In einer jahrgangskombinierten Klasse, die die Stufen 1 bis 4 umfasst, kann meiner Meinung nach keine begabungsgerechte Förderung stattfinden.

(Martin Güll (SPD): Wer sagt das?)

- Ich habe doch gerade "meiner Meinung nach" gesagt, und ich habe meine Meinung in der Rede begründet.

Zum Zweiten. Sie unterstellen uns, in der Frage der jahrgangskombinierten Klassen

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

- darf ich jetzt noch antworten? – und bei der Zuweisung von Differenzierungsstunden eine Sparmaßnahme. Sie wissen jedoch, dass es auf die Klassengröße ankommt. Bei unter 20 Schülern werden zwei, bei über 20 Schülern wird eine weitere und bei sonderpädagogischem Bedarf zusätzlich noch eine Stunde gewährt. Es kommt auf die regionalspezifischen Bedarfe an, und diesen Bedarfen wird entsprochen.

Zum Dritten. Was haben Sie als Drittes angemerkt? Helfen Sie mir schnell.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

- Genau, es geht um die Kommunen. - Die Kommunen können entscheiden, ob sie die Außenstellen behalten wollen. Wenn es möglich ist, alle Kinder in der Stammschule zu beschulen, können die Kommunen diese Möglichkeit wählen. Doch irgendwo steht natürlich auch der Sachaufwandsträger in der Pflicht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Dr. Strohmayer gemeldet. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kurze Beine, kurze Wege: Das soll nicht nur ein dahingesagter Satz sein, sondern das muss unser Motto sein, wenn es um den Erhalt kleiner Grundschulen, insbesondere kleiner Grundschulen auf dem Land, geht.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, von 2008 bis 2012 wurden in Bayern 34 Grundschulstandorte aufgegeben. Für die betroffenen Gemeinden bedeutet das einen enormen Verlust an Lebensqualität. Schulen sind Familientreffpunkte. Hier treffen sich Eltern, Kinder und Lehrer. Dort finden Gespräche statt. Häufig gibt es dort am Nachmittag oder am Abend Infoveranstaltungen. Schulen sind für die Kommunen, zu denen sie gehören, ein wichtiger Standortvorteil.

Schließt die Schule, gehen zuerst die Kinder, die Eltern und die Lehrer. Zuerst stirbt die Schule, dann sterben häufig die Vereine. Familien orientieren sich neu; neue Familien ziehen vielleicht gar nicht mehr in den Ort. Ich selbst habe vor Ort mehrere Schulschließungen mitbekommen. Ich sage Ihnen: Für die Eltern bedeutet es wirklich eine riesige Enttäuschung, wenn Schulen geschlossen werden, die sie jahrelang eigenhändig saniert und sehr liebevoll gepflegt haben, und wenn sie ihre Kinder nicht mehr in Schulen schicken können, die in der Nähe ihres Hauses stehen, sondern sie zur Bushaltestelle bringen müssen, von wo aus ihre Kinder kilometerweit durch die Pampa zur Schule gefahren werden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen gleiche Lebensverhältnisse in Bayern. Deswegen müssen wir den ländlichen Raum stärken. Dazu gehört auch, die kleinen Grundschulen zu erhalten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

- Herzlichen Dank. – 2013 hat die Staatsregierung angekündigt, Grundschulstandorte zu erhalten. Wir haben bereits von meinen Vorrednern gehört, dass sich dieses Versprechen leider nicht auf alle Grundschulstandorte bezog. 415 bayerische Grundschulen sind bereits jetzt einzügig.

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

- Sie können ruhig zuhören, auch wenn es Ihnen vielleicht nicht gefällt.

(Beifall bei der SPD)

Viele dieser Grundschulstandorte, nämlich 336 - -

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich wiederhole: 336 Grundschulstandorte haben bereits jetzt weniger als 100 Schüler. Das heißt, wenn es in den nächsten Jahren in diesen Gemeinden nur etwas weniger Kinder gibt, müssen auch diese Schulen schließen.

(Zurufe von der CSU: So ein Schmarrn!)

Was also müssen wir tun, um die Grundschulstandorte zu erhalten? – Zunächst brauchen wir einen verlässlichen Schulentwicklungsplan; denn die Gemeinden brauchen Planungssicherheit. Das halte ich für besonders wichtig. Weiter ist wichtig, dass wir nicht mehr an den starren Klassenstrukturen festhalten; meine Vorredner haben das bereits betont. Wir wollen einen übergreifenden, gemeinsamen Unterricht der Klassen 1, 2 und 3. Natürlich dürfen wir daraus kein Sparmodell machen. Dafür brauchen

wir zusätzliche Lehrerstunden und eine moderne Pädagogik, die dem einzelnen Kind gerecht wird.

Sehr geehrte Frau Trautner, dass solche Modelle sehr erfolgreich sein können, zeigt ein Blick über die Grenze nach Tirol. Ich möchte Sie außerdem daran erinnern, dass es auch bei uns vor nicht allzu langer Zeit Dorfschulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht gab. Diese Dorfschulen waren erfolgreich. Warum sollte es mit moderner Pädagogik und zusätzlichen Lehrkräften nicht möglich sein, Kinder so zu unterrichten?

(Beifall bei der SPD)

Vor Kurzem habe ich eine Schule mit jahrgangsübergreifenden Klassen besucht. Die Lehrer und Schulleiter wünschen sich, dass diese Modelle ausgeweitet werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Entschuldigung, Frau Dr. Strohmayr. Meine Damen und Herren, der Lärmpegel ist sehr hoch. Bitte hören Sie aufmerksam zu. Die Mittagspause ist nicht mehr fern. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das zeigt uns, dass der klassenübergreifende Unterricht durchaus ein Erfolgsmodell sein kann. Selbstverständlich müssen wir die Lehrer im Rahmen ihrer Ausbildung vorbereiten. Das ist doch klar. Deswegen unterstützen wir den entsprechenden Antrag der GRÜNEN.

Damit solche Modelle zu Erfolgsmodellen werden, brauchen wir entsprechende Ressourcen. Es kann nicht sein, dass kleine Schulen nicht mehr über genügend Lehrerkapazitäten verfügen, um ihren Pflichtunterricht durchzuführen. Es kann auch nicht sein, dass die Lehrerkapazitäten zulasten der großen Schulen gehen. Bei mir vor Ort gibt es riesige Diskussionen über den Erhalt kleiner Schulen. Die großen Schulen fühlen sich benachteiligt und müssen größere Klassen einrichten. Das kann nicht sein. Sehr

geehrte Frau Trautner, der Demografieaufschlag von 80 Stellen für 2.300 Schulen reicht hinten und vorne nicht. Das muss doch jedem klar sein.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, uns ist es wichtig, Schulen von Familientreffpunkten zu Familienzentren auszubauen. Sehr geehrte Frau Trautner, selbstverständlich wird schon das eine oder andere gemacht. Es gibt bereits Gemeinden, die hervorragend aufgestellt sind. Dabei handelt es sich jedoch um Einzelfälle. Wir wollen das zum Standard ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Vor zehn Jahren habe ich in England die Early Learning Center besucht. Dort funktioniert das hervorragend. Die Early Learning Center sind mehr als Landkindergärten, die zu Familientreffpunkten ausgebaut werden. Die Early Learning Center profitieren von der Vernetzung zwischen Kindergarten und Schule. Diese Early Learning Center sind mehr. Das ist es, was wir wollen. Das, was es jetzt vereinzelt vielleicht schon gibt, wollen wir überall. Außerdem wollen wir entsprechende Strukturen, damit das Modell Erfolg haben kann.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass es uns etwas wert sein muss, Schulstandorte zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die Gewinner sind dann nämlich unsere Kinder. Sie müssen dann nicht im Alter von sechs Jahren kilometerweit, meist ohne Sitzplatz, mit einem Bus fahren. Stattdessen können sie in ihrer Heimatgemeinde in kleinen Einheiten lernen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Strohmayr. – Für die Staatsregierung hat Staatssekretär Eisenreich das Wort. Ich bitte noch einmal um etwas mehr Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Unruhe ist dadurch entstanden, weil der ländliche Raum als "Pampa" bezeichnet worden ist. Deswegen ist die Unruhe auch verständlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, die Kollegin hat es nicht so gemeint.

Unabhängig davon handelt es sich heute um ein wichtiges Thema, das mit den Anträgen aufgegriffen wird. Für die Staatsregierung möchte ich klar festhalten: Für uns ist der Erhalt kleiner Grundschulstandorte ein wirklich wichtiges Ziel. Die wohnortnahe Schule ist ein wichtiger Beitrag für gleichwertige Bildungsbedingungen in Stadt und Land.

(Susann Biedefeld (SPD): Taten, nicht nur Worte!)

Sie alle kennen das Sprichwort "kurze Beine - kurze Wege". Dafür haben wir verschiedene Instrumentarien geschaffen. Neben der Grundschulgarantie verfügen wir über pädagogische Instrumente sowie entsprechende Ressourcen. Wir haben festgelegt, dass rechtlich selbstständige Schulen erhalten werden. Deswegen ist die Behauptung, dass eine Vielzahl von Grundschulen akut gefährdet sei, einfach falsch. Das trifft nicht zu und schürt nur Verunsicherung im ländlichen Raum.

(Susann Biedefeld (SPD): Sie schließen die Schulen!)

Im Gegensatz zu Ihnen reden wir nicht nur, wir handeln auch. Wir haben festgelegt, dass rechtlich selbstständige Schulen erhalten bleiben, wenn die Eltern und die Kommune das wollen. Hierfür gibt es einen Richtwert von 26 Schülerinnen und Schülern.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern ist das eine wirklich geringe Zahl. Viele andere Länder verlangen wesentlich mehr Schülerinnen und Schülern. Uns ist das wichtig. Deswegen sagen wir: Wenn zwei jahrgangskombinierte Klassen gebildet werden können und in etwa 26 Schülerinnen und Schüler erreicht werden, dann werden rechtlich selbstständige Schulen auch erhalten. Das ist ein großer Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums und zur Erhaltung von kleinen Schulstandorten.

(Beifall bei der CSU)

Dafür haben wir auch die pädagogischen Instrumente. Das ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Dazu gehören unter anderem die jahrgangskombinierten Klassen. Sie haben sich bewährt. Vor einigen Jahren hatten wir noch eine breitere Diskussion in Bayern, auch im Bildungsausschuss, ob jahrgangskombinierte Klassen gleichwertig zu jahrgangstreuen Klassen sind. – Das sind sie natürlich. Sie haben sich bewährt. Diese Diskussion führen wir in Bayern nicht mehr. Wir sind dabei, die jahrgangskombinierten Klassen weiterzuentwickeln. In dem Schulversuch Flexible Grundschule haben wir uns der Qualität und der Weiterentwicklung der jahrgangskombinierten Klassen gewidmet. Wir haben neue Erkenntnisse gewonnen. Wir haben auch ein umfangreiches Fortbildungsangebot. Wenn es bei der Einführung jahrgangskombinierter Klassen Schwierigkeiten gibt, liegt das meistens an der Art und Weise und dem Zeitpunkt der Information. Wir bemühen uns, die Schulfamilie und die Eltern rechtzeitig zu informieren, damit man sich rechtzeitig darauf einstellen kann.

Auch uns ist die Vernetzung von Kindergarten und Grundschule wichtig. Hierfür haben wir einen Bildungs- und Erziehungsplan für das Alter von null bis zehn Jahren. Wir unterstützen die jahrgangskombinierten Klassen mit zusätzlichen Ressourcen. Das sind zwei bis fünf Stunden zusätzlich. Das wurde schon angesprochen. Wir verfügen über weitere finanzielle Instrumente, um Gebiete mit erheblichem demografischen Rückgang zu unterstützen. Das ist der Demografiezuschlag mit 80 Lehrerstellen. Erst im Schuljahr 2014/2015 haben wir den Demografiezuschlag um 20 Lehrerstellen auf 80

erhöht. Selbstverständlich werden wir diesen, wenn es notwendig ist, künftig anpassen, um Gebiete mit Bedarf zu unterstützen.

Wir verfügen noch über ein weiteres Instrument: Da ein Schülerrückgang nicht immer zu einer Reduzierung der Klassenzahl führt, unterstützen wir Schulämter mit höheren Schülerrückgängen mit einer sogenannten regionalspezifischen Zuweisung, um trotz rückläufiger Schülerzahlen Klassen erhalten zu können.

Ein wichtiges Thema, das Sie angesprochen haben, ist die mobile Reserve. Jeder Bildungspolitiker freut sich über eine Erhöhung der mobilen Reserve. Das will ich gar nicht verheimlichen. Die Anzahl von 1.900 Stellen in der mobilen Reserve ist beachtlich. Die Zahl der Stellen ist gleich geblieben, obwohl wir einen Schülerrückgang zu verzeichnen haben. Außerdem stocken wir jedes Jahr zum November, zum Januar und zum Februar die Stellen auf, um den Bedarf unter anderem aufgrund der Jahreszeit und krankheitsbedingter Ausfälle zu decken. Auf diese Weise können wir den Unterricht bestmöglich sicherstellen.

Zusammenfassend möchte ich für die Staatsregierung feststellen: Der Freistaat Bayern handelt. Der ländliche Raum wird unterstützt. Es besteht überhaupt kein Anlass, die Schulfamilien im ländlichen Raum zu verunsichern. Wir haben das klare Ziel, Grundschulstandorte für die Kinder, für die Familien und die Gemeinden zu erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, Herr Staatssekretär! Wir haben mittlerweile zwei angemeldete Zwischenbemerkungen, zunächst vom Kollegen Felbinger, dann vom Kollegen Gehring. – Herr Felbinger, bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, der Freistaat Bayern handelt. Können Sie mir erklären, warum dann allein im Regierungsbezirk Oberbayern 159 Stellen im Bereich der Grund- und Mittelschulen, die zum Schuljahresbeginn nicht angetreten worden sind, im sogenannten Nachrückverfahren

über Zeitverträge besetzt worden sind, obwohl diese Stellen im Haushaltsplan ausgewiesen sind? Finden Sie es menschlich in Ordnung, dass diese Aushilfskräfte mit einem Hungerlohn abgespeist werden, keinerlei Planungssicherheit haben und sich der Freistaat Bayern dadurch zweistellige Millionenbeträge spart?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Es gibt viele Anfragen zur Besetzung von Planstellen. Diese Frage ist schon mehrfach erläutert worden. Das hat verwaltungstechnische Gründe. Wenn vergebene Planstellen nicht angetreten werden, wird das laufende Schuljahr mit entsprechenden Verträgen abgedeckt. Die Planstellen werden ein Jahr später besetzt und gehen insofern nicht verloren.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Doch! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sehr geehrter Herr Kollege, das kann man jetzt nicht in zwei Sätzen sagen. Ich kann die Details gern schriftlich zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Nun kommt die Zwischenbemerkung vom Kollegen Gehring. – Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Staatssekretär, die Staatsregierung hat tatsächlich reagiert und den Demografiezuschlag für kleine Grundschulen eingeführt, damit diese zusätzliche Mittel bekommen, um mehr Stellen erwirtschaften zu können. Das ist übrigens eine alte Forderung, die schon von meinen Vorgängern aus der Landtagsfraktion der GRÜNEN erhoben wurde und nach vielleicht zehn Jahren Vorlauf tatsächlich umgesetzt worden ist. Wenn man sich die Zahlen anschaut, muss man feststellen, dass diese 60, 80 Stellen, die es jetzt gibt, bei Weitem nicht ausreichen. Wir müssen mindestens von einer Verdoppelung dieser Stellen ausgehen, um die kleinen Schulen tatsächlich so auszustatten, dass die großen Schulen nicht dafür bluten müssen. Das Problem ist, dass wir Jahr für Jahr rückläufige Schülerzahlen haben. Wir müssen die

Stellenzahl verdoppeln und dann noch dynamisieren, also immer mehr Mittel ausgeben.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt. Ich würde gern Ihre Einschätzung zu der Frage des jahrgangsübergreifenden Lernens in den Klassen 1 und 2, vielleicht auch in den Klassen 1 bis 4, hören. Kollegin Trautner hat darauf hingewiesen, dass dies pädagogisch nicht zielführend sei. Wir waren mit dem Bildungsausschuss zum Beispiel in der Steiermark. Sie waren zeitweilig dabei. Wir haben eine Schule gesehen, die bewusst die Klassen 1 bis 4 kombiniert, um durch die größere Heterogenität bessere individuelle Förderung zu erreichen. Auch die Vorarlberger und Tiroler machen es so. Auch in Frankreich wird es so gemacht. Können Sie daher dieser Idee eines kombinierten Lernens in den Klassen 1 bis 4 wirklich nicht nahetreten? Sie könnten sagen, es ist ein Modellversuch, durch den wir gerade im ländlichen Raum ein gutes pädagogisches Angebot halten und überhaupt noch ein pädagogisches Angebot machen können. Warum soll man nicht bereit sein, an Modelle zu denken, die eigentlich nicht neu, sondern schon sehr alt sind. Ich denke, einige der hier Anwesenden haben in der Grundschule selber noch kombinierte Klassen der Jahrgangsstufen von 1 bis 4 genossen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Beim Demografiezuschlag sind wir mit 20 Planstellen gestartet. Jetzt stehen wir bei 80 Planstellen. Man sieht, dass wir die Zahl kontinuierlich an den Bedarf angepasst haben. Ich habe vorhin gesagt, wir werden, wenn zusätzlicher Bedarf besteht, auch in der Zukunft weitere Anpassungen vornehmen und aufstocken. Wir beobachten die Situation genau und wollen die Grundschulstandorte erhalten.

Ich möchte jetzt zu der zweiten Frage keine vertiefte pädagogische Diskussion führen. Das können wir gerne einmal an anderer Stelle machen. Ich glaube, dass wir mit dem Richtwert von 26 Schülerinnen und Schülern bei zwei jahrgangskombinierten Klassen die Voraussetzungen schon sehr weit reduziert haben, um kleine Schulstandorte er-

halten zu können. Wir müssen aber schauen, dass wir noch Schulstandorte haben, bei denen man noch von Schule sprechen kann. Ich glaube, wenn man zwei jahrgangskombinierte Klassen mit je 13 Schülerinnen und Schülern hat, ist das nachvollziehbar eine gute Zusammensetzung, in der man guten Unterricht machen kann. Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass man mit anderen pädagogischen Konzepten möglicherweise auch gute Erfolge erzielen kann.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich glaube, die jetzige Rahmensetzung zur Erhaltung von Standorten ist ein echter Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, über den Tagesordnungspunkt 5, das ist der Antrag auf Drucksache 17/3087, "Bestands- und Qualitätssicherung von kleinen Grundschulen im ländlichen Raum I – Modellversuche zu lassen", namentlich abstimmen zu lassen. Bei den übrigen Anträgen soll das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus zugrunde gelegt werden. - Ich lasse jetzt abstimmen. Zunächst erfolgt die namentliche Abstimmung. Ich bitte Sie, nach der namentlichen Abstimmung dazubleiben, weil wir noch die Abstimmungen über die anderen Anträge haben. Wer dem Antrag also entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, soll jetzt bitte in der namentlichen Abstimmung mit Ja stimmen.

(Namentliche Abstimmung von 12.46 bis 12.51 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit wir abstimmen können.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir kommen zur Abstimmung über die übrigen Anträge, die Tagesordnungspunkte 6 mit 10, über die im Einvernehmen der Fraktionen insgesamt abgestimmt werden soll. Der Abstimmung liegt das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus zugrunde. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Bildung und Kultus einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge sind abgelehnt. Die Tagesordnungspunkte 5 mit 10 sind damit erledigt.

Wir gehen nun in die Mittagspause. Um 13.30 Uhr machen wir mit den Dringlichkeitsanträgen weiter.

(Unterbrechung von 12.53 bis 13.31 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen, zur Belohnung derjenigen, die pünktlich wieder hier im Saal sind, wollen wir die Sitzung jetzt pünktlich wieder aufnehmen.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zwischenzeitlich komme ich zurück zu Tagesordnungspunkt 5 und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bestands- und Qualitätssicherung von kleinen Grundschulen im ländlichen Raum I Modellversuche zulassen" auf Drucksache 17/3087 bekannt. Mit Ja haben 70 gestimmt. Mit Nein haben 84 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.02.2015 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Bestands- und Qualitätssicherung von kleinen Grundschulen im ländlichen Raum I ; Modellversuche zulassen (Drucksache 17/3087)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	70	84	0